"Wir geben das Geld, die anderen geben nach" in Die Zeit (12. Februar 1988)

Quelle: Die Zeit. 12.02.1988. Hamburg. "Wir geben das Geld, die anderen geben nach", auteur:Grunenberg, Nina.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL:
http://www.cvce.eu/obj/wir_geben_das_geld_die_anderen_geben_nach_in_die_zeit_12_februar_1988-de-0afef599-9448-4b36-a844-f56e79862141.html

Publication date: 02/02/2017

Wir geben das Geld, die anderen geben nach

Brüsseler Krisen-Gipfel der Zwölf unter Helmut Kohls Vorsitz: Sind die Deutschen noch gute Europäer? / Von Nina Grunenberg

Seit sechs Wochen läuft alles auf den Brüsseler Gipfel zu - ein „Sondergipfel“ unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl. So ernst war es den zwölf Staats- und Regierungschefs mit ihrem 45. Treffen, daß jedes Ambiente vom Programm gestrichen wurde: kein Besuch beim belgischen König, kein Dinner im Schloß, kein Geplauder am Kamin. Die „Chefs“ waren entschlossen, das triste Gebäude des Europäischen Rats in Brüssel nicht zu verlassen. Zweimal zwölf Stunden harte Arbeit sollten investiert werden, um die Trümmer aus dem Weg zu räumen, die seit über einem Jahr den Zwölf im Wege liegen und deretwegen sich die Gemeinschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte ohne ordentlichen Haushalt für das laufende Jahr präsentiert.

„Im Prinzip“, sagt ein langjähriger Brüsseler Beobachter dieser Tage, „sind es immer wieder dieselben Fragen, die den Rat bewegen, und es sind nur ganz wenige. Eigentlich nur eine: Wo kommt das Geld her, und wie wird es verteilt?“

Schwierig wird es im Detail. Wo die Probleme liegen, haben die Spezialisten in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen schon so oft beschreiben müssen, daß sie sich inzwischen der Versatzstücke aus ihren früheren Artikeln bedienen können, jeweils ergänzt durch die neuesten Alternativvorschläge, Kompromißideen und Modellberechnungen, mit denen die Kommission und die zwölf Mitglieder unablässig für Verwirrung sorgen.

Es geht um das Delors-Paket - um den von allen Zwölfen akzeptierten Versuch des französischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors, in einer kombinierten Aktion der Krise, sowohl der Landwirtschaftspolitik als auch der Finanzen, zu Leibe zu rücken und gleichzeitig Mittel für eine intensivere Regionalpolitik (Strukturfonds) in den wirtschaftlich benachteiligten Gebieten der Gemeinschaft lockerzumachen. Da „alles mit allem zusammenhängt“, steckt schließlich auch die Forderung der Briten nach einer Verlängerung ihres Beitragsrabatts noch mit im Paket.

Vor der grausamen Kompliziertheit des EG-Geschäfts hat schon mancher Würdenträger Europas die Waffen gestreckt und sich nackter Verzweiflung hingegeben. Auf dem Gipfeltreffen in Kopenhagen, das Anfang Dezember stattfand und ergebnislos abgebrochen wurde, rief Felipe Gonzalez, der spanische Ministerpräsident, in hilflosem Zorn aus: „Ich verstehe kein Wort mehr.“ Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand drückte ähnliche Gefühle nur vornehmer aus, als er in die französischen Mikrophone seufzte: „Das ist Europas unwürdig, das ist Frankreichs unwürdig.“ Mitterrand war selber der Gastgeber des letzten „schönen“ Gipfels, an dessen Erfolg sich die „Chefs“ und ihre Beamten heute fast wehmütig erinnern - im Juni 1984 in Fontainebleau. Dank der ebenso autoritären wie subtilen Verhandlungsführung, des französischen Präsidenten konnten damals die Probleme der britischen Beitragszahlung und der EG-Haushaltsmittel für vier Jahre geregelt werden. Auch die Modernisierung der Römischen Verträge in Form der Einheitlichen Europäischen Akte wurde in Fontainebleau auf den Weg gebracht.

Wird Bundeskanzler Helmut Kehl in Brüssel ebensoviel Genie zeigen?

Jeder weiß, daß er den Ehrgeiz hat, aus dem deutschen Vorsitz etwas „Großes“ zu machen. Schon vor Monaten hat er angefangen, von den Europa-Beauftragten der Fachressorts in Bonn Dossiers über die „Prioritäten der deutschen Präsidentschaft“ anzufordern. „Der Kanzler ist wild entschlossen“, sagte sein Berater Horst Teltschik Anfang Januar, „das Delors-Paket abzuräumen, damit endlich der Blick auf 1992 und die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes frei wird.“

Ein anderer Bonner assistierte: „Für Kohl ist Europa so wichtig wie die Familie. Es ist kein Lippenbekenntnis für ihn.“ Und Kohl selber sagte im vergangenen September auf der Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunioren und seitdem immer wieder: „Noch etwas ist für uns Deutsche besonders wichtig: Wir sind auf dem Weg nach Europa. Wichtigster Ansatzpunkt hierfür ist jetzt - neben einer engeren

außenpolitischen Zusammenarbeit - die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum für 320 Millionen Menschen bedeutet große Chancen, für die es sich einzusetzen lohnt - Chancen auch und gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft. In diesem Sinne wird die Bundesregierung die deutsche Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 aktiv nutzen, um die Gemeinschaft voranzubringen."

Aber die Vorgeschichte des Brüsseler Gipfels sprach nicht für ein Gelingen. Wenn den schönen Worten immer Taten folgten, hätte Bundeskanzler Kohl sich selber und der Gemeinschaft schon in Kopenhagen einer großen Dienst erweisen können: Der letzte Gipfel scheiterte hauptsächlich an seiner Unwilligkeit, sich mit den anderen Mitgliedstaaten über die Finanzierung der Agrarpolitik zu einigen und in niedrigere Getreidepreise einzuwilligen.

Solange die Hochpreispolitik der Deutschen auch den anderen Mitgliedern in der Gemeinschaft hohe Gewinnmargen brachten, wurde sie von der Gemeinschaft gern akzeptiert. Inzwischen verschlingt sie aber - mit steigender Tendenz - siebzig Prozent des EG-Haushalts und wird vor allem von den Engländern und Holländern mit zunehmender Energie bekämpft. „Es ist ein Paradox", schrieb der Londoner *Independent* kürzlich aus Anlaß von Helmut Kohls Besuch bei Margaret Thatcher, „daß die Bundesrepublik von allen die leistungsfähigste Industrie hat, aber zugleich auch Bauern, die zu den schwächsten in der Gemeinschaft gehören."

Als hätte Premierministerin Margaret Thatcher ihm die Feder geführt, schrieb der Leitartikler weiter: „Die sklavische Besessenheit, mit der Bonn auf seiner Hochpreispolitik besteht, ignoriert eine unangenehme Wahrheit. Hohe Preise sind nur ein sehr dürftiges Argument, um die kleinen bäuerlichen Betriebe alter Art zu schützen. Hohe Garantiepreise haben vielmehr dazu geführt, daß die Großbauern in Nordfrankreich und Großbritannien sich aufgerufen fühlten, mehr zu produzieren. Die daraus entstandenen Überschüsse haben die Finanzkrise in der Agrarpolitik verursacht. Das wiederum führt dazu, daß die kleinen Bauern jetzt von Subventionskürzungen bedroht sind, nicht etwa die großen, die die Überschüsse verursacht haben.

Der französische Landwirtschaftsminister Guillaume, der seinem deutschen Kollegen Ignaz Kiechle und dessen Interessen am nächsten steht, doch nie so nahe, daß es gefährlich werden könnte, wurde kürzlich in einer französischen Zeitung mit dem tief empfundenen Satz zitiert: „Das perfide Albion bleibt perfide." In der Tat: Die Engländer haben gut reden. Auf die Schmerzgrenzen anderer Länder nehmen sie traditionell wenig Rücksicht. Gestaltungswillen in der Landwirtschaft zu zeigen, haben sie ebenfalls nicht mehr nötig. Ihre Bauern haben sie schon vor 150 Jahren gelegt - mit Methoden, die in den sozialkritischen Romanen von Charles Dickens für die Nachwelt verewigt sind. Entscheidend ist für Margaret Thatcher heute nur noch, ob endlich „der Stöpsel in die Wanne" kommt und die Agrarausgaben begrenzt werden. Aus dem Faß ohne Boden soll ein Faß mit Boden werden, nicht mehr und nicht weniger. Daß sich der Kampf für dieses Ziel lohnt und ihre Position nur „vernünftig" ist, glaubten nicht nur Margaret Thatcher selber und mit ihr die Briten; zum ersten Mal hat sie auch die intellektuelle öffentliche Meinung auf dem Kontinent auf ihrer Seite. Das seltene Vergnügen wird die Eiserne Lady, die bisher noch niemanden von ihrem europäischen Geist so recht hat überzeugen können, auszukosten wissen. Das fürchten auch die Deutschen.

Die Auswahl der Eigenschaftswörter, die den Bonnern einfallen, wenn sie an die Premierministerin denken, läßt diplomatische Zurückhaltung entschlossen beiseite: Brillant und arrogant, eigensüchtig und unverfroren sehen sie Margaret Thatcher auf der Bremse des europäischen Vehikels sitzen und über die Deutschen Ansichten wie folgt von sich geben: Sie könne Leute mit „vagen Aspirationen" nicht leiden, „die in einem fürchterlichen Wust grandioser Pläne und Reden aufgehen; mich interessieren Taten, nicht Gerede" (1985 in einem *BBC*-Interview anläßlich eines europäischen Gipfels).

Den Bonnern graut vor Maggie. Doch Anfang Dezember in Kopenhagen mußte sie nicht einmal selber in Aktion treten, um die Deutschen mit ihren Getreideüberschüssen allein zu lassen. Das Unheil zeichnete sich schon ab, als Helmut Kohl mit Ignaz Kiechle im Schlepptau zum Gipfel angereist kam. Ressortminister haben dort normalerweise nichts zu suchen. Kiechle saß nur im Delegationszimmer, „aber jedem war bei seinem Anblick klar", so ein Teilnehmer, „wie stark das Agrarproblem auf Helmut Kohl lastete." Als Paul Schlüter, der dänische Ratsvorsitzende, am zweiten Tag morgens ein über Nacht ausgearbeitetes

Kompromißpapier vorlegte, gab es Krach. Kohl erblickte darin auf den ersten Blick die von den Deutschen bekämpften automatischen „Stabilisatoren“, mit denen die Brüsseler Kommission in Übereinstimmung mit Margaret Thatcher die Überproduktion in der Landwirtschaft eindämmen und Preissenkungen erzwingen will. Das von Ignaz Kiechle als Stein der Weisen propagierte Flächen-Stillegungsprogramm der Deutschen aber entdeckte er nach langem Suchen nur in einer Fußnote im Anhang. So machte Helmut Kohl seinem Frust vor Sitzungsbeginn in einem gewaltigen Zornesausbruch Luft. Er wollte nicht einmal mehr den Saal betreten: „Das ist keine Basis für Verhandlungen“, brüllte er.

Zu spät hatte der Bundeskanzler gemerkt, daß auch die Franzosen in der Agrarpolitik nicht mehr ganz hinter ihm standen. Mit Paris versuchen sich die Bonner immer abzusprechen. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß die Koordinierung von zwölf nationalen „Politiken“ ein lausiges Geschäft ist, sofern man es nicht vereinfacht und die deutsch-französische Achse setzt. Die kleineren Länder sind dann schnell überfahren. In Kopenhagen klappte die deutsch-französische Zusammenarbeit jedoch im entscheidenden Moment nicht. Ein gemeinsames Papier, das die deutsche Verhandlungsposition retten sollte, erblickte das Licht der Konferenz-Öffentlichkeit erst gar nicht. Die Franzosen sahen keinen Sinn darin, einer verlorenen Sache Beistand zu leisten. Die negative Stimmung unter den anderen zehn Mitgliedern hatte sie gewarnt. Die nämlich registrierten mit steigendem Widerwillen, daß die beiden Großen, speziell aber die Bundesrepublik, die Reform der Agrarpolitik nur benutzten, um sich innenpolitisch zu entlasten, nicht aber, um Europa von der Stelle zu helfen.

Bundeskanzler Kohl stand in Kopenhagen isoliert da. Den Optimismus verschlug es ihm dennoch nicht. Er wolle, versprach er, „in sechs Wochen die Arbeit von sechs Monaten“ leisten, um dann auf dem Sondergipfel in Brüssel den Durchbruch zu erzielen. Die Schuld an der Niederlage schoben die Deutschen flugs den Briten in die Schuhe - dabei war Margaret Thatcher ganz friedlich geblieben - und der neutralen dänischen Präsidentschaft. Hinter vorgehaltener Hand bescheinigten sie dem Dänen-Premier, er sei „hoffnungslos überfordert“ gewesen und habe nicht verstanden, die Zwölf in Verhandlungen zu zwingen. Obwohl sie die Demut eines kleinen Landes haben, ging dies den braven Dänen denn doch über die Hutschnur.

Beiläufig wiesen die Deutschen auch noch daraufhin, daß nach ihnen ja die Griechen mit der Präsidentschaft an der Reihe seien - womit angedeutet wurde, daß von Papandreou überhaupt nichts zu erwarten sei. Manche fühlten sich an das boshafte Bonmot des Generals de Gaulle erinnert: „Wenn ein Deutscher sich vornimmt, diplomatisch zu sein, springt er mit beiden Beinen zum Fenster hinaus.“ Die Griechen sind ein Volk, dem es trotz seiner EG-Mitgliedschaft nicht gelingt, sich in den *mainstream* der europäischen Entwicklung einzubetten. Aber wollten die Bonner etwa damit andeuten, daß das Heil nur von ihnen kommen kann?

In einer idealen Welt käme das sogar der Wahrheit nahe. Die Bundesrepublik ist ihrem Potential nach das wichtigste Land in der Gemeinschaft, deren „Rückgrat“, wie eine englische Zeitung schrieb. Durch ihre wirtschaftliche Substanz, ihre technische Ausrüstung und ihre konjunkturelle Lage hat sie mehr Einfluß und Macht, als irgendein anderes Land aufbieten könnte, um zum Retter Europas zu werden. Auch wenn aus dieser Erkenntnis kein Quell heißer Liebe sprudelt, befördert sie bei den anderen Europäern doch mancherlei Erwartungen. Von den Deutschen wurde jedenfalls lange Zeit angenommen, sie seien stark genug, auch einschneidende Kompromisse durchzusetzen und die „Chefs“ aus dem Tal der Seufzer zu befreien, in dem sie seit über einem Jahr festsitzen.

Doch mehr als die Hoffnungen sind inzwischen die Befürchtungen gewachsen. Kohl als ehrlicher Makler - „nach Kopenhagen“ konnten sich das angesichts seiner Interessenlage in der Landwirtschaft die wenigsten noch vorstellen. Dem britischen *Guardian* erschien das gar, „als würde Agamemnon mit einer unparteiischen Untersuchung über die Ursachen des Trojanischen Krieges betraut“. Auch bei *Le Monde* „stieß diese Präsidentschaft auf eine gewisse Skepsis“. Das Pariser Intelligenzblatt fragte sich, wie die Bonner Führungsaufgabe denn vereinbar sei mit der „Blockaderolle“ der Deutschen in den europäischen Institutionen. Die Franzosen, die uns jahrelang vorexerziert haben, wie man eine stramme nationale Politik macht, sind Europäer par excellence geworden, seit sie Angst um ihre Wirtschaft haben. Die Aussicht auf die Segnungen des Binnenmarktes, von dem sie sich unvorsichtig viel versprechen, hat sie so sehr beflügelt,

daß ihre Politiker jetzt schon mit Europathemen Wahlkampf machen können.

Anders die Deutschen: Auf dem hohen Roß des Zahlmeisters sitzen sie nur noch in ihrer eigenen Vorstellung. Die Partner sehen vor allem, wie sehr die westdeutsche Industrie von der EG profitiert und ihre Märkte „auslaugt“. Die deutsche Europafreundlichkeit ist bei den Nachbarn schon seit längerer Zeit nur noch eine schöne Erinnerung. Heute wird Bonn bestenfalls Europamüdigkeit attestiert. Schlimmstenfalls wird gefragt: Sind die Deutschen auf dem Wege, Anti-Europäer zu werden? Die Sorge mag übertrieben sein, aber der „Verfall der deutschen Europapolitik“ bewegt inzwischen auch hierzulande nachdenkliche Gemüter.

Auch der letzte Bonner Ministerialrat kann nicht mehr übersehen, daß die politische Spitze zwar europäisch tönt, daß darunter aber längst national gedacht wird. Je leerer die Kassen in Brüssel sind, desto unwilliger folgen die Fachressorts in Bonn den Brüsseler Vorschlägen. An den Weltmeisterton, in dem deutsche Delegierte in europäischen Gremien bei jeder Krise wissen lassen: „Notfalls können wir auch alleine...“ haben sich die Partner inzwischen schon gewöhnt.

Die Schwierigkeit, die es deutschen Beamten und Politikern bereitet, zur rechten Zeit Kompromisse zu schließen, führt freilich nur dazu, daß sie am Ende mit leeren Händen dastehen und die Entwicklung nicht mehr steuern können. Noch mehr irritiert in der EG die zunehmende Schizophrenie der deutschen Positionen. Die Europapolitik der Bundesrepublik gilt als doppelzüngig und ungereimt. Eigentlich haben die Bonner zwei.

Die eine wird von Ignaz Kiechle vertreten. Die hartnäckige Art und Weise, mit der er seine europäischen Partner zwingt, Milliardensubventionen für die deutschen Bauern gutzuheißen, die EG-rechtlich nicht zulässig sind, nötigt zwar Respekt vor seinem Mut ab - und Mitgefühl mit einem Mann, der in die grüne Hölle geraten ist. Aber in Europa steht er allein auf weiter Flur. Das Veto, das Kiechle 1985 einlegte, als im Ministerrat niedrigere Getreidepreise beschlossen werden sollten, wirkt bis heute als Sündenfall nach. Es war das erste Mal, daß die Deutschen aus innenpolitischen Gründen vom europäischen Pfad der Tugend abwichen.

Die andere Europapolitik personifiziert Gerhard Stoltenberg. Der Finanzminister wirkt in Europa so unfreundlich „wie eine Besatzungsmacht“. Die Gemeinschaft kostet ihm zuviel Geld. Daß er selber es den Bauern hinterherwirft, wenn gerade Wahlen anstehen, ist in Brüssel nicht unbemerkt geblieben und hat seine Glaubwürdigkeit nicht erhöht. Er verweigert sich dem Wunsch nach einer gemeinsamen Währungspolitik und hat keinerlei Phantasie, um sich ausmalen zu können, wie finanzielle Einsätze in außenpolitische Erfolge umzumünzen wären. „In einer Gemeinschaft souveräner Staaten geht man auf diese Weise irgendwann über den Deich“, heißt es über ihn.

Der Konflikt zwischen Bonner Agrarpolitik und den Geboten der Haushaltsdisziplin führt nicht nur in der deutschen Delegation zu Spannungen - darin liegt auch die besondere Schwierigkeit der Präsidentschaft von Helmut Kohl. Er ist für die Bauern, er ist für Sparsamkeit, und er ist für Europa. Wo er wirklich steht, ist schwer auszumachen. Gut möglich, daß er zuweilen die Manövrierfähigkeit von Margaret Thatcher und François Mitterrand beneidet, deren Europapolitik straff zentralisiert ist.

Carl Weiss, Chef des *ARD*-Büros in Brüssel und einer jener gußeisernen Korrespondenten, deren schöne Professionalität selbst der zähen Brüsseler Europa-Materie noch standhielt, sagte kürzlich in perfekter Untertreibung: „Die deutsche Politik in der EG hat zur Zeit nicht viele Bewunderer.“ Das kann auch Hans-Dietrich Genscher nicht ändern. Als Außenminister kommt ihm in der Europapolitik nur die Sprecherrolle zu. Seine Willensbildung aber hängt vom Bundeskanzler und von den Ressortministern ab. Im besten Falle kann er einen Vermittlungsversuch unternehmen.

Ein Durchbruch jedoch wird ihm immer nur gelingen, wenn die Ressorts zu neunzig Prozent schon entschieden haben, was möglich ist. Genschers Füße stecken im Bereich der Europapolitik in Zement. Frei steht ihm nur, der deutschen Präsidentschaft ein paar Lichter mit einer Nahost-Erklärung der Außenminister aufzustecken, König Hussein dazu einzuladen und im übrigen immer wieder darauf aufmerksam zu machen,

daß sich die Westdeutschen die Dynamik ihrer Ost-Politik nur leisten können, wenn sie die europäische West-Integration ernst nehmen und energisch weitertreiben.

Ein schlüssiges Konzept war unter diesen Umständen von der deutschen Präsidentschaft kaum zu erwarten. Die Botschaft, mit der Ignaz Kiechle wie ein Weberschiffchen durch Europa sauste, lautete sinngemäß: „Verständnis gegen Verständnis.“ In seinem Landwirtschaftsministerium hörte sich das Motto etwas unverblümter an: „Wir geben Geld und die anderen geben nach.“ Im Bundeskanzleramt hieß es: „Von den zehn Milliarden Netto-Kreditaufnahme sind vier Milliarden für die EG. Wir lassen uns einen Kompromiß auch etwas kosten.“ Doch wenn sie alle Probleme des Delors-Pakets aufkaufen wollten, müßten die Bonner mindestens acht bis zehn Milliarden auf den Tisch legen.

Die Alternative: Kompromisse. „Wir hoffen“, hieß es in Brüssel diplomatisch, „daß die Deutschen weise bleiben.“ Keine Bange, wenn sie es nicht von alleine sind, so wollte Margaret Thatcher schon dafür sorgen.